Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1917 Nr. 639 | Jahrgang 210

Bezugspreis für Halle u. Vororte 3.25 Mk. Durch die Post bezogen 3.50 Mk. für das Vierteljahr, monatlich 1.20 Mk. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Illustr. Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (Für die junge Welt)

Morgen-Ausgabe

Anzeigegebühren für die sieben gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig, Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto Leipzig Nr 20512

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 7801 (während der Geschäftsstunden). Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610, Geschäftsstelle 5608 und 5609. Hauptschriftleiter: Dr. H. Simon, Halle

Sonnabend, 15. Dezember 1917

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 620
Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

Die Waffenstillstands-Verhandlungen in Brest-Litowsk

Der deutsche Schlachtbericht

Berlin, 14. Dezember. In Flandern richtete am Morgen des 13. Dezember der Feind mehrere Feuerüberfälle gegen unsere Stellungen östlich Paschendaele und in Gegend Becelaere—Gheluvelt. Von mittags steigerte sich das Feuer vom Houthoulster Walde bis Hollebeke mit besonders großem Munitionsaufwande auf unsere Stellungen nördlich Hollebeke. Nördlich Dixmuiden und südlich Blankaartsee wurden in der Nacht vom 12. zum 13. Dezember unter erheblichen Verlusten feindliche Patrouillen abgewiesen.

Auf dem Abschnitt westlich Cambrai und angrenzenden Fronten wiederholte die feindliche Artillerie im Laufe des 13. Dezember ihre heftigen Feuerüberfälle. 5 Uhr nachmittags erfolgte ein englischer Gegenangriff auf unsere neuen Stellungen östlich Bullecourt, der unter hohen Feindverlusten abgewiesen wurde; Gefangene wurden eingebracht. Beiderseits der Straße Arras—Cambrai, bei La Vacquerie und südlich von St. Quentin war das feindliche Störungsfeuer im Laufe des Nachmittags zeitweise lebhaft. Südlich Pronville wurde eine Anzahl Gefangene eingebracht. Desgleichen waren bei mäßiger feindlicher Artillerietätigkeit eigene Stoßtrupps südlich Juvincourt erfolgreich. Sie brachten neun Gefangene und ein Maschinengewehr als Beute ein.

Oestlich der Maas lebte die feindliche Artillerietätigkeit tagsüber und in den Abendstunden zeitweise auf. Die Fliegertätigkeit war rege. Ein feindlicher Fesselballon wurde abgeschossen.

Der gestern Nachmittag im Eiffelturmbericht erwähnte deutsche Vorstoß im Caurières-Walde ist wieder einmal frei erfunden.

Der englische Geleitzug vernichtet

Kristiania, 14. Dez. (Meldung des Norske T. B.) Ein Geleitzug, bestehend aus sechs Handelsfahrzeugen, darunter wahrscheinlich einem dänischen, der Lerwick Dienstag abend verlassen hatte und von zwei englischen Zerstörern und vier Trawlern geleitet war, wurde nahe der norwegischen Küste von vier deutschen Torpedojägern angegriffen. Alle Handelsschiffe und Trawler wurden versenkt, auch ein Zerstörer vernichtet. Der zweite ist stark beschädigt mit vielen Toten und Verwundeten in einem norwegischen Hafen eingelaufen. Der Kampf war sehr erbittert. Wie verlautet, wurden zwei deutsche Torpedojäger ebenfalls in den Grund geschossen.

Der deutsche Admiralitätsbericht stellt bekanntlich fest, daß unsere Streitkräfte ohne Verlust zurückkehrten.

Kristiania, 13. Dez. (Meldung des Norske T. B.) Von den versenkten Handelsschiffen waren zwei norwegischer Nationalität, nämlich die Dampfer „Bollsta (1700 To.) und „Kong Erik" (750 To.), ferner zwei schwedischer und einer dänischer Nationalität, deren Namen unbekannt sind. Der beschädigte englische Zerstörer liegt in Bekkervek. Der Kommandant meint, das Schiff ohne fremde Hilfe ausbessern und in See gehen zu können. Die Deutschen beschossen zuerst die Engländer, so daß die Handelsschiffe außer Kampfbereich gelangen und die Besatzungen in Boote gehen konnten. Man meint, alle Besatzungen seien gerettet und hofft, daß mehrere Rettungsboote im Laufe des Tages die Küste erreichen werden.

Funchal von einem U-Boot beschossen

Lissabon, 14. Dezember. Meldung der Agence Havas. Ein deutsches Unterseeboot beschoß Funchal. Etwa 40 Granaten wurden abgefeuert. Einige Wohnhäuser sind eingestürzt. Es gab Tote und Verwundete. Patrouillenschiffe verfolgten das Unterseeboot, das die Flucht ergriff.

Die Maximalisten im Vorrücken

Petersburg, 13. Dez. (Reuter.) Der Vertreter der Regierung telegraphiert, daß die maximalistischen Truppen Tumarowka und Kaluga besetzten, Kornilows Truppen entwaffneten und gefangen nahmen und die revolutionäre Gewalt wieder herstellten. Der Kommissar der Schwarzen Meerflotte verlangt telegraphisch die sofortige Entsendung aller Schwarzen Meerabteilungen mit zahlreichen Maschinengewehren und teilt mit, daß die Truppen der Kosaken Rostow mit Panzerautomobilen angriffen.

Petersburg, 13. Dez. (Reuter.) Krylenko telegraphiert, General Scheremisow habe sich geweigert, zu ihm nach Pskow zu kommen und sei deshalb abgesetzt worden. Krylenko fügt hinzu, die ganze Garnison Pskows sei auf seiten der Bolschewiki; er rücke vor. Der Kommissar der 5. Armee meldet die Ankunft Krylenkos in Dünaburg. Der Armeeführer General Boldyroff wurde abgesetzt und verhaftet.

Ein englisches Lazarettschiff gesunken

Bern, 14. Dezember. Privat-Telegramm. Laut „Imparcial" vom 20. November ist das Lazarettschiff „Goorkha", 6335 Br.-R.-T. auf dem Wege nach Sebenico auf eine Mine gelaufen und gesunken. 400 Verwundete wurden gerettet.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 14. Dez., abends. (Amtlich.) Ein italienischer Angriff gegen den Monte Pertica ist gescheitert. Einige hundert Gefangene blieben in unserer Hand.

Von den anderen Fronten nichts Neues.

*

Berlin, 14. Dez. (Amtlich.) Am Vor- und Nachmittag des 13. Dezember fanden in Brest-Litowsk Vollsitzungen statt, in denen die einzelnen Punkte der beiderseitigen Waffenstillstands-Entwürfe den Gegenstand eingehender Beratungen bildeten. Am 14. Dezember vormittags werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 14. Dez. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz

Waffenruhe.

Die Waffenstillstands-Verhandlungen dauern an.

Italienischer Kriegsschauplatz

Zwischen Piave und Brenta lebte die Kampftätigkeit wieder auf.

Der Chef des Generalstabes.

Keine Aufgabe des Saloniki-Abenteuers

Genf, 14. Dez. Wie der „Matin" meldet, haben die Alliierten die Aufrechterhaltung der Expedition Sarrail im Orient beschlossen, so lange der rumänische Waffenstillstand nicht zum Frieden geführt habe und so lange die griechische Regierung eine Mobilisation des Heeres von dem Belassen der Truppen Sarrails auf griechischem Boden abhängig macht. — Die „Havas"-Agentur bestreitet, daß Truppen Sarrails an die italienische oder französische Front überführt worden seien.

Der Fall Caillaux und Loustelet

Paris, 14. Dez. (Havas.) Der Untersuchungsausschuß für die Angelegenheit Caillaux und Loustelet hörte heute die Aussagen des Ministerpräsidenten Clémenceau und Ignace. Clémenceau übergab dem Ausschuß einzelne Akten und ein Aktenstück des Ministeriums des Auswärtigen, allerdings nicht solche, die fremden Regierungen gehörten. Ignace erklärte zu dem Aktenstück, der Antrag beziehe sich auf Beschuldigungen des Einverständnisses mit dem Feinde und des Vergehen gegen die Sicherheit des Staates. Das Aktenstück enthalte tatsächlich zwei verschiedene Tatsachen, nämlich die Angelegenheiten Almeyroda, Bolo, Cavalline und die Umtriebe, die Caillaux zur Last gelegt werden. Das Verhör mit Clémenceau und Ignace hat länger als eine Stunde gedauert.

Italienische Geheimsitzung

Rom, 14. Dez. (Agenzia Stefani.) Der Senat beschloß mit Zustimmung der Regierung eine Geheimsitzung abzuhalten. Der Zeitpunkt der Sitzung wird später bekanntgegeben.

Bulgarischer Heeresbericht

Sofia, 14. Dez. Generalstabsbericht. Mazedonische Front: An der Tscherwena Stena und westlich von Dobropolje von Zeit zu Zeit lebhaftes Geschützfeuer. Im Cernabogen sind unsere Sturmtruppen an mehreren Punkten in feindliche Schützengräben eingedrungen und mit italienischen und französischen Gefangenen zurückgebracht. Im unteren Strumatal haben wir mehrere feindliche Erkundungsabteilungen zerstreut.

Dobrudscha-Front: Ruhe.

Türkischer Heeresbericht

Konstantinopel, 13. Dez. Amtlicher Tagesbericht. Palästinafront: Ein feindlicher Angriff westlich Nizma wurde abgewiesen. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Von der russischen Presse

Petersburg, 14. Dez. (P. T.-A.) Trotz der Verfügung der Regierung der Arbeiter und Bauern, welche das Recht, Zeitungsanzeigen zu drucken als Monopol erklärten, haben die Blätter der bürgerlichen und sozialistischen kleinbürgerlichen Presse versucht, gegen diese Verfügung anzukämpfen, indem sie weiter Inserate aufnahmen. Da die Blätter mehrere Male verboten wurden, haben sie den Beschluß gefaßt, sich zu unterwerfen, um das regelmäßige Erscheinen ihrer Blätter sicherzustellen.

Nur England ist der Feind

Wenn weite Kreise bei uns immer und immer wieder nur vom Frieden reden, so glauben sie damit die beabsichtigte Wirkung zu erzielen und hoffen soweit Eindruck im Ausland zu machen, daß dieses endlich von dem guten Willen der Deutschen überzeugt werden möge, daß wir froh sind, wenn wir endlich die Waffen aus der Hand legen dürfen und wieder ungestört weiter leben können. Wie schädlich das aber ist, und daß damit nur das Gegenteil erzielt wird, ist schon wiederholt ausgeführt worden. Nichts schadet uns mehr und stärkt den sinkenden Mut des Feindes immer wieder von neuem als solches unnützes unberechtigtes und durchaus zweckloses Friedensgerede, denn niemals wird dadurch ein Schritt vorwärts in der Entwicklung zum Frieden getan oder die Versöhnung angebahnt, am allerwenigsten mit England, unserem erklärten Feind und ausgesprochensten Widersacher, der nur unseren Untergang will. Das ist selbst in englischen Kreisen zum Ausdruck gebracht worden und erwiesen, daß Englands Wille, den Krieg unbedingt fortzusetzen, noch niemals fester und bestimmter gewesen ist als zur Zeit der deutschen Reichstagskrise im Sommer 1917. Und wie schon das hochherzige Friedensangebot unseres friedliebenden Kaisers kurz vor Weihnachten 1916 nur Spott und Hohn unserer Feinde erntete, der von England ausging, so war es wieder dasselbe England, das die bekannte deutsche Reichstagsentschließung über unsere Friedensbereitschaft als Zeichen der Schwäche auffaßte und die Bundesgenossen davon zu überzeugen wußte, daß ein Land, dessen Volksvertretung den Willen zum Frieden so offen bekundet, kurz vor dem Ende seiner militärischen und wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit stehen müsse und daher bald niedergeworfen sein würde, was den Ententemächten den Ansporn gab, das blutige Ringen fortzusetzen. Die Dinge haben aber inzwischen eine Wendung genommen, die niemanden vielleicht unerwarteter und unerwünschter war als unseren Feinden, vor allen England, das sich nach und nach immer mehr betrogen sieht um die Früchte seines ränkevollen Spiels, das mit unerhörter Grausamkeit und zynischer Berechnung Jahrzehntelang an dem Untergang der erfolgreichen weltumfassenden deutschen Volkswirtschaft gearbeitet hat. England erkannte, daß ihm im Deutschen Reiche ein wirtschaftlicher Nebenbuhler erwachsen war, neben dem es nicht fortbestehen konnte. Darum die Losung „Nieder mit Deutschland", Ausrottung deutschen Fleißes, deutscher Regsamkeit, deutscher Strebsamkeit, Vernichtung des deutschen Handels, Zertrümmerung der deutschen Volkswirtschaft, welche die Weltwirtschaft zu beherrschen begann, Tod und Untergang allen deutschen Lebens forderte der blutige Haß des englischen Volkes gegen Deutschland, das besiegt vom „Moloch England" verschluckt werden sollte, wie Chatterton-Hill in seiner lesenswerten Schrift (Gordon-Verlag, Dresden) darstellt. An Irlands Schicksal wird als Warnung für Deutschland gezeigt, was wir im Fall eines englischen Sieges zu erwarten hätten. Es handelt sich dabei nicht um eine bloße Verschiebung der Grenzen, sondern um das Fortbestehen des Deutschen Reiches und das Schicksal jedes einzelnen Bürgers dieses Reiches. Die deutschen Männer in den okkupierten Gebieten würden zu Sklaven, die deutschen Mädchen und Frauen zu Dirnen für die englischen und farbigen Soldaten gemacht werden. Das deutsche Land, dort, wo die Engländer vorbeigingen, wäre eine öde, blutgetränkte Wüste. Die blühenden Städte des Westens, die so beredtes Zeugnis für deutschen Fleiß und Unternehmungsgeist ablegen, würden in menschenleere Trümmerhaufen verwandelt werden. Köln, Düsseldorf, Bochum, Essen, Duisburg, Dortmund würden nur mehr geschichtliche Namen sein — wie Galway, Limerick, Cork, Waterford, Wexford. Wiederholt haben die englischen Zeitungen die vollständige Vernichtung der ganzen Kruppschen Werke und das Umpflügen des Bodens, wo sie stehen, gefordert. Die Bergwerke würden nicht zerstört werden, wohl aber ganz gewiß aufhören, eine Quelle deutschen Reichtums in der Zukunft zu sein. Verwischung der Spuren der Vergangenheit: Der Kölner Dom, die Münster zu Freiburg und Straßburg, die ehrwürdigen Domkirchen zu Aachen, Speyer, Worms, Münster i. W. würden ebensowenig den Engländern Achtung erzwingen — allem heuchlerischen Geheul über Reims oder Louvain zum Trotz —, wie seinerzeit die Kathedralen von Cashel, Clonmel, Armagh, Tuam usw. in Irland. Im Schweiße ihres Angesichts soll das deutsche Volk schuften, um der Entente, d. h. England, eine „Kriegsentschädigung" von 150 oder 200 Milliarden Mark zu entrichten. Alle Erzeugnisse deutscher Industrie und deutschen Ackerbaues, alle Ergebnisse des deutschen Erfindungsgeistes werden in erster Linie der Entente, d. h. wiederum England, zugeführt. Nur das Notdürftigste

Unentbehrlichste wird den Deutschen gehören, denn das Lasttier muß doch ernährt werden, um arbeiten zu können. Die reichen Bergwerke des Westens, welche ihren rühmlichen Anteil an den deutschen Siegen in diesem Krieg gehabt haben, werden in englischen Besitz übergehen. Einerseits wird Deutschland hiermit in die Unmöglichkeit versetzt, jemals wieder Kriege zu führen, andererseits braucht England Kohlen, da seine eigenen Bergwerke nicht mehr ausreichen. Jeder einzelne Deutsche beider Geschlechter wird fortan im Dienste Englands stehen. Der angeborene Fleiß, die Tüchtigkeit, die Mäßigkeit der Deutschen werden der Entente, deren Herrin und Gebieterin England ist, zur unbegrenzten Verfügung stehen. Es wird dann keinen Luxus mehr geben, keine großartigen Vergnügungsstätten. In Berlin W. wird man ebenso für magere Kost schuften müssen wie am Wedding oder Gesundbrunnen. Denn die Engländer sind unerbittliche Herren. Während deutsche Häfen verschlicken und deutsche Fabriken eingehen, während die deutsche Schiffahrt aufhört, werden deutsche Männer an dem Ausbau und der Bereicherung des englischen Weltreichs, an der Vermehrung des englischen Kapitals in allen seinen Gestalten, an der Befestigung des englischen Welthandelsmonopols arbeiten und deutschen Frauen werden die Bedürfnisse englischer Arbeitgeber zu befriedigen trachten. Die englische Presse hat schon des öfteren wissen lassen, daß die deutsche Kaiserin als Dienstmagd nach England gebracht wird. Und sehr vielen deutschen Frauen wird es ähnlich ergehen. Während englische Truppen deutschen Boden besetzt halten und die deutsche Sklavenhürde bewachen, werden der deutsche Kaiser und der deutsche Kronprinz sich vor englischen Kriegsgerichten zu verantworten haben. Es wird dem Kaiser das „Lusitania-Verbrechen", sowie die „Ermordung der Cavell" und die „Ermordung des Kapitäns Fryatt" zur Last gelegt. Der Kronprinz wird beschuldigt, Brandstiftungen und Diebstähle in Frankreich begangen zu haben. Tagtäglich laben sich die Londoner Blätter an dem Gedanken, Anklage gegen beide zu erheben. denn man ist des Urteils und ebenso der Vollstreckung des Urteils ganz sicher. Während englische Dreadnoughts Hamburg und Kiel bedrohen, wird die gesamte deutsche Kriegs- und Handelsflotte an England ausgeliefert, damit niemals wieder die englische Seeherrschaft bedroht werden kann, damit auch die durch den U-Bootkrieg verursachten Verluste der englischen Handelsmarine ohne Verzug wenigstens teilweise ausgeglichen werden. Und während Schleswig-Holstein Dänemark gewaltsam einverleibt wird, dem „Nationalitätenprinzip" gemäß, wird der Kaiser Wilhelm-Kanal Deutschland entzogen und „internationalisiert" — d. h. er wird englisch.

Das sind keine Phantasien. Nicht nur die englischen Zeitungen haben es gewagt, solche Dinge zu veröffentlichen, auch die englischen Staatsmänner haben von diesen Ausführungen öffentlich über das zukünftige Schicksal eines besiegten Deutschlands gesprochen und nicht zuletzt sind derartige Möglichkeiten historisch belegt durch die englischen Grausamkeiten in Irland, im Burenkriege, in Indien, in Spanien und während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, sowie endlich sogar unmittelbar erwiesen durch die Veröffentlichung der russischen Geheimverträge. Darum sei wachsam, Deutschland, und wehre dich mit allen Mitteln gegen deinen erbittertsten Feind und häßlichsten Gegner England. Wenn wir jetzt die Ostfront freibekommen und Frieden mit Rußland und Rumänien, die nur im Gefolge Englands standen, haben werden, dann ist es unsere Pflicht, im Interesse der ganzen Menschheit an England ein Strafgericht zu üben, um den Vampyr der Welt unschädlich zu machen für immer. Diese Erkenntnis im Schauder des uns zugedachten Schicksals sollte uns fest und unerbittlich machen und verhindern, daß wir in deutscher Gutmütigkeit die Waffen vorzeitig aus der Hand legen. Haben wir immer vor Augen, was Chatterton-Hill uns berichtet und das verdient in den weitesten Kreisen bekannt zu werden, daß nur England der rücksichtsloseste grausamste Feind ist, der 70 Millionen deutsche Seelen vernichten knechten, auseinanderreißen wollte, um seiner Habgier und seiner Herrschsucht willen, so werden wir den eigentlichen Charakter dieses Krieges erst recht erfassen; der Weltkrieg ist eigentlich ein wirtschaftlicher Vernichtungskrieg Englands gegen Deutschland, diesen eigentlichen Charakter des Krieges hat das deutsche Volk, man darf es ohne Uebertreibung feststellen, im allgemeinen noch nicht erfaßt. Und viele haben es auch bisher nicht begriffen, daß England nur unsere völlige Vernichtung mit allen Mitteln will. Darum dürfen wir nicht eher ruhen, bis England das, was es uns zugedacht hat, am eigenen Leibe spürt. Wir wollen nicht seine Vernichtung, aber wir müssen uns und die Welt schützen vor der Blutgier des englischen Vampyrs. Und das können wir nur durch die siegreiche Erkämpfung eines festen, dauernden deutschen Hindenburgfriedens.

R. H.

Englischer Heeresbericht

vom 13. Dezember morgens: In der Nähe von Bullecourt machte der Feind bei Tagesanbruch nach heftiger Artillerievorbereitung zwei Angriffe. Beide wurden mit schweren Verlusten für den Feind abgeschlagen. Kurz darauf wurde noch ein Angriff auf der letzteren Front unternommen. Feindliche Abteilungen drangen in unsere eingeebneten Schützengräben in dem Gebiet, wo unsere Linien einen Winkel bilden, ein. Die wenigen Deutschen, die unsere Gräben an anderen Punkten erreichten, wurden getötet oder gefangen genommen

Vom 13. Dezember abends: Vormittags wurde ein feindlicher Posten südlich Villers Giuslain von uns erfolgreich angegriffen. Die Besatzung wurde zum Teil getötet, zum Teil gefangen genommen. Nachmittags kam es östlich Bullecourt in einem Grabenabschnitt, in dem der Feind gestern eingedrungen war, zu einem Kampfe mit Bomben. Wir machten einige weitere Gefangene.

Französischer Heeresbericht

vom 13. Dezember nachmittags: An der ganzen Front mäßiges Geschützfeuer. Unsere Flieger schossen vom 10 bis 13. Dez. neun deutsche Flugzeuge ab und warfen zehn Tonnen Geschosse auf deutsche Flugplätze, Bahnhöfe usw. im Maasgebiet und im Elsaß-Lothringischen Grenzgebiet.

Vom 13. Dezember abends: Ein deutscher Handstreich südlich Juvincourt scheiterte vollkommen. Am 12. Dezember überflogen feindliche Flugzeuge tagsüber Dünkirchen und warfen Bomben ab, die keine Opfer verursachten.

Belgischer Bericht vom 12. Dezember: Außer schwachen Artilleriekämpfen ist nichts besonderes zu melden.

Bericht der Orientarmee vom 12. Dezember: Schwache Artillerietätigkeit außer im Cernabogen, wo unsere Werke fortgesetzt unter Feuer lagen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 14. Dezember.

Am Ministertische: Finanzminister Hergt.

Auf der Tagesordnung stand die Beratung der Anträge der Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen, des Zentrums und der Volkspartei betreffend Kriegsteuerungszulagen.

Nach den Anträgen der Kommission sollen sofort einmalige Kriegsteuerungszulagen von 200 Mark für Verheiratete bis zu einem Einkommen von 13 000 Mark, für jedes Kind 20 Mark mehr, und für unverheiratete Beamte bis zu einem Einkommen von 6000 Mark von 150 Mark, ausgezahlt werden.

In einer Entschließung der Kommission wird gefordert, daß spätestens von Beginn des nächsten Rechnungsjahres ab höhere laufende Sätze gewährt werden. Ferner wird die Regierung ersucht, bei der Gewährung von Teuerungszulagen an die Pensionäre das aus dem vaterländischen Hilfsdienst sich ergebende Einkommen nur zu berücksichtigen, soweit es den Betrag von 1000 Mark jährlich übersteigt.

Durch die Beschlüsse der Kommission sollen die Anträge der Parteien für erledigt erklärt werden.

Abg. Schröder-Kassel (Natl.) berichtete über die Verhandlungen der Kommission und befürwortete die Annahme ihrer Beschlüsse.

Finanzminister Hergt: Die bisherige Regelung der Teuerungszulagen ist nicht mehr zulänglich. Verbesserungen sind notwendig. Wir müssen den Beamten das Durchhalten ermöglichen. (Sehr richtig.) Dazu gehört, daß sie von drückender Sorge befreit werden. In Übereinstimmung mit dem Reichsschatzamt haben wir uns zunächst für einmalige Zulagen entschieden, die sofort zu gewähren sind; denn wer rasch gibt, gibt doppelt. Die Regierung stimmt der Resolution zu, wonach die Staatshaushaltskommission beauftragt wird, spätestens am 15. Februar in eine Prüfung darüber einzutreten, daß vom Beginn des nächsten Rechnungsjahres ab höhere laufende Sätze gewährt werden. Auch für Pensionäre wird die Angelegenheit der Teuerungszulagen geregelt werden; dabei sollen Einnahmen aus der Beschäftigung für den Vaterländischen Hilfsdienst bis zu 1000 Mark nicht angerechnet werden. Ferner wird Sorge dafür getragen werden, daß die Auszahlung der Teuerungszulagen an die Volksschullehrer erfolgt. Indem die Regierung den Vorschlägen der Kommission in der Hauptsache zustimmt, erwartet sie, daß das Vertrauen der Beamten zur Staatsregierung erhöht wird. (Beifall.)

Abg. Celze (Kons.): Den Pensionären müssen die Teuerungszulagen unter denselben Voraussetzungen gezahlt werden, wie den aktiven Beamten.

Abg. Heß (Ztr.): Wir begrüßen es daß den Beamten in schwerer Not mit ausreichenden Mitteln geholfen werden soll. Das Abgeordnetenhaus ist zu dieser Hilfe einmütig entschlossen.

Abg. Dr. Gottschalk-Solingen (Natl.): Es ist nicht gerechtfertigt, daß die Regierung zu den Teuerungszulagen, die die Städte von Anfang an gezahlt haben, keine Zuschüsse gibt.

Abg. Delius (Vpt.): Durch die einmaligen Zulagen wird die Not der Beamten gelindert aber nicht völlig beseitigt. Wir erwarten, daß vom 1. April ab eine wesentliche Erhöhung der laufenden Zuwendungen erfolgt. Wir bedauern, daß die Kommission unserem Antrag auf gesetzliche Regelung bezüglich der Altpensionäre keine Folge gegeben hat. Wir fordern eine Regelung der Pensionsfrage auch für die Staatsarbeiter.

Abg. Leinert (Soz.): Die Pensionsverhältnisse der Altpensionäre müssen gesetzlich geregelt werden. Eine Erhöhung der Teuerungszulagen vom 1. April ab muß unbedingt und in ausreichendem Maße erfolgen. Für eine Aufbesserung der Bezüge der Staatsarbeiter sprechen die gleichen Gründe wie bei den Beamten.

Abg. Dr. Wagner (Freikons.): Mit der Form der Gewährung der Teuerungszulagen sind wir einverstanden.

Damit schloß die Besprechung.

Die Anträge der Kommission wurden angenommen.

Reichskohlenkommissar Stutz: Groß-Berlin ist abgesehen von den Städten die in der Lage sind, sich selbst zu versorgen, am besten mit Kohle versorgt. Zur Verteilung der Kohlen ist der Handel herangezogen worden, mit der Einschränkung, daß er kontrolliert wird.

Unterstaatssekretär Stieger: Die Eisenbahnverwaltung ist bestrebt, den Betrieb leistungsfähig zu erhalten. Die Strecken bei Hannoverisch Münden und die Ruhr—Siegbahn sollen ausgebaut werden. Die Eindämmung des Personenverkehrs ist uns schwer genug gefallen. Wir waren aber zu der Maßregel genötigt, um freie Bahn für den Güterverkehr zu schaffen. Das Gerücht von einer beabsichtigten weiteren Einschränkung des Personenverkehrs ist völlig unwahr. Die Eisenbahnverwaltung wird alle Mittel anwenden, um die jetzigen Betriebsverhältnisse zu verbessern.

Abg. Ströbel (Unabh. Soz.): Es besteht leider keine Aussicht auf eine baldige Behebung der Kohlennot. Der Redner ging auf die politischen Streiks ein, besprach die Bestrebungen der Bolschewiki und sagte: Das Proletariat muß sich zusammentun, um die herrschenden Klassen zur Vernunft zu bringen. (Der Redner wurde aufgefordert, zur Sache zu sprechen.)

Danach wurde die Beratung der Anträge der verstärkten Staatshaushaltskommission über die Kohlenversorgung fortgesetzt.

Abg. Macco (Natl.): Beamte und Arbeiter im Kohlenbergbau verdienen Dank und Anerkennung für ihre Leistungen während der Kriegszeit. Zur Entlastung der Eisenbahnen muß der Bau neuer Wasserwege vom Westen nach dem Osten in Angriff genommen werden, insbesondere des Rhein—Elbe-Kanals.

Sache zu sprechen.) Die Eisenbahnverwaltung hat, ohne den Landtag zu hören, den Personenverkehr eingeschränkt. Auch die arbeitenden Klassen werden hart davon betroffen.

Abg. Schrader (Freikons.): Der Krieg muß rücksichtslos fortgesetzt werden, bis der Eroberungswille der Feinde gebrochen ist. Ich bitte die Regierung, eine Produktionsstatistik vorzunehmen. Die Urheber von Streiks sollten an die enormen damit verbundenen Verluste denken.

Abg. Hammer (Kons.): Auf die Ausführungen des Abgeordneten Ströbel einzugehen, widerstrebt dem gesunden vaterländischen Gefühl. Wer im englischen oder französischen Parlament so sprechen würde, würde nie wieder Gelegenheit haben, auf die Rednertribüne zu gehen. Durch die zur Ersparung von Kohlen vorgenommene Zusammenlegung von Betrieben sind dem Handwerk schwere Opfer auferlegt worden. Schwerer Schaden ist dem Müllereigewerbe durch die Stillegung kleiner und mittlerer Mühlen erwachsen.

Ein Regierungskommissar: Die Regierung steht den Bestrebungen, die Zusammenlegung der Betriebe nach Möglichkeit einzuschränken, wohlwollend gegenüber.

Abg. Wenke (Vpt.): Die Regierung sollte von Maßnahmen Abstand nehmen, die geeignet sind, den gewerblichen Mittelstand zu ruinieren.

Abg. Lieneweg (Kons.) begründete seinen Antrag, den Bäckern zur Ersparung von Kohle aus den staatlichen Waldungen Holz zu überlassen.

Die Anträge der Kommission und die Anträge Aronsohn und Lieneweg wurden angenommen. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Dienstag, den 15. Januar 1918, 12 Uhr. Tagesordnung: Anträge und Petitionen.

Der Präsident wünschte den Abgeordneten ein fröhliches Weihnachtsfest und ein glückliches und gesegnetes neues Jahr.

Schluß nach 6½ Uhr.

Die belgische Frage in Budapest

Einem ungarischen Abgeordneten, der den Grafen Czernin gefragt hatte, ob er im Namen des Deutschen Reiches eine Erklärung über Belgien abgeben könne, antwortete der bundesgenössische Staatsmann, wie nicht anders zu erwarten, verneinend. Er ließ es aber nicht dabei bewenden, sondern drückte sich des weiteren und unter Bezugnahme auf Aeußerungen des deutschen Staatssekretärs des Aeußeren dergestalt aus, als ob er selbst ganz zuversichtlich die Preisgabe des von uns eroberten Landes erwarte. Das konnte natürlich sowohl von dem Fragesteller als auch von unseren Feinden als eine mittelbare Erklärung aufgefaßt werden und den deutschen Interessen äußerst abträglich sein. Es war vom k. und k. Minister zu erwarten, daß er diese Frage nicht mit deutschen Augen betrachtete; jedem deutschen Vaterlandsfreund, vor allem aber jedem deutschen Staatsmann kann es aber nicht zweifelhaft sein, daß unsere Stellung in Belgien das allerwichtigste Kriegsergebnis für das Deutsche Reich bleiben muß Nicht nur unsere eigene Ueberlegung muß uns sagen, nein, auch britische Staatsmänner und Schriftsteller haben es uns aufs deutlichste klargemacht, daß Belgien nach diesem Krieg nur britisch oder deutsch sein kann — auf den Namen kommt es natürlich nicht an. Geben wir es frei, kommt es automatisch in britische Gewalt und mit ihm das benachbarte Holland. Die Folgen aber würden dreifacher Art sein:

1. Der deutsche Handel in Antwerpen, der vor dem Kriege eine so wichtige Rolle in unserer Industrie, besonders der süd- und mitteldeutschen spielte, wäre so gut wie ruiniert;
2. Belgien würde von Großbritannien derart als Einfallstor nach Deutschland ausgestaltet, insbesondere als Ausgangspunkt von Luftgeschwadern, daß unsere rheinische und westfälische Waffenindustrie aufs höchste gefährdet wäre;
3. jede Möglichkeit, einen unmittelbaren Druck auf England auszuüben, die uns die flandrische Küste als Stützpunkt unserer U-Boote und unseres Luftkrieges bietet, ginge verloren. Mit ihr aber auch der praktische Wert etwaiger Friedensabmachungen über die Rückgabe unserer Kolonien und die Freiheit der Meere, denn sie könnten jederzeit zurückgenommen werden, und für die Absicht der europäischen und amerikanischen Angelsachsen, Deutschland vom Welthandel auszuschließen, wäre die Bahn frei.

Das ist schon des öfteren ausgeführt worden, kann aber, angesichts der immer wiederkehrenden Versuche, die belgische Frage als belanglos hinzustellen, nicht oft genug wiederholt werden. Von ihrer richtigen Lösung aber hängt Deutschlands ganze Zukunft ab.

Was man den englischen Soldaten ins Feld schicken kann

Vor einiger Zeit hat der englische Nahrungsmitteldiktator eine Mitteilung an die Presse gehen lassen, welche darauf abzielt, einer Nahrungsmittelverschwendung anläßlich des Weihnachtsfestes vorzubeugen. Bei weihnachtlichen Festlichkeiten, welche für die ärmeren Klassen arrangiert würden, soll Bedacht darauf genommen werden, daß dieselben, wenn irgend möglich, aus nicht-dringlich benötigten Nahrungsmitteln bestehen, und man soll in jedem Fall darauf achten, keine knappen Nahrungsmittel zu verwenden.

Wie derartige Festlichkeiten bei der jetzt bestehenden Knappheit an Tee, Zucker, Butter, Käse, getrockneten Früchten, Eiern usw. aussehen werden kann man sich schwer vorstellen. Eine gewisse „Vorstellung" der noch bestehenden Zusammensetzungsmöglichkeit solcher Mahlzeiten erhält man jedoch, wenn man die Anzeige eines Delikatessengeschäftes liest, welche sich im „Daily Telegraph" vom 29 November 1917 vorfindet und ein Weihnachtsessen für die Streitkräfte an der Front vorsieht. Das zum Kauf angepriesene Weihnachtspaket kostet nicht weniger als 36,50 Mk.; es enthält aber dafür folgende Leckerbissen: Gänselebermus, echte Schildkrötensuppe, Lachskoteletts, ein Stück Rebhuhn und ein Stück Truthahn, etwas Schinkenmus, eingemachte Bohnen und Erbsen, einen Weihnachtskuchen, Brandy-Sauce und Kirschen in Brandy. Zunächst macht dieser Speisezettel, besonders wenn man nicht an den Preis denkt, erheblichen Eindruck. In Wirklichkeit ist er, wenn man englische Verhältnisse kennt, aber eben nur auf jenen ersten Eindruck eingestellt! Denn es handelt sich bei dem Speisezettel nicht um Nahrungsmittel, welche der Soldat wirklich gut gebrauchen kann, wie etwa ein Pfund Speck, ein Pfund Butter, ein Pfund Tee oder dergleichen Eßwaren des täglichen Gebrauches. Selbst frische Orangen, Bananen oder Aepfel fehlen und an ihre Stelle sind die Gemüse-Konserven und die „Kirschen in Brandy" getreten, von denen anscheinend das Delikatessengeschäft noch alte Bestände hat. Nein, dieser Speisezettel enthält nichts als Kinkerlitzchen und besonders, wenn man an die englische Sitte denkt, derartige Gerichte nur in überaus kleinen Portionen aufzutischen, so versteht man, daß dieses Weihnachtspaket vielleicht für einige junge Sportsleute aus den Londoner Westvierteln, aber nicht für den englischen Soldaten brauchbar ist, ganz abgesehen von dem Preise, welcher selbst unter Zugrundelegung von Kriegsverhältnissen für das Gebotene ungeheuer ist.

Aber der tiefere Grund für dieses eigenartige Menu liegt eben darin, daß die von Lord Rhondda betonte Notwendigkeit vorliegt, an allen wirklich notwendigen Nahrungsmitteln auf das Aeußerste zu sparen. Man kann in England eben nur noch Luxus-Pakete ins Feld schicken, weil die gewöhnlichen und unumgänglich notwendigen Nahrungsmittel knapp sind und außerdem so kostspielig sein würden, daß ein Weihnachtspaket zu einem den Arbeiterklassen oder dem Mittelstande angemessenen Preise nicht mehr von einem Geschäft zusammengestellt werden kann. Für die armen Tommies, welche vergeblich auf Sendungen von Tee, Zucker, Speck und dergleichen seitens ihrer Lieben warten werden, wird der Anblick dieser fürstlichen Weihnachtspakete ein Zeugnis für das sein, woran es in England fehlt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191712151-19/fragment/page=0002

Rigaer Stimmungen und Verstimmungen

Von Walther Graef, M. d. A.

Auf einer zehntägigen Reise deutscher Zeitungsverleger nach Riga, Mitau und Libau, die kürzlich auf Veranlassung des Kriegspresseamts stattfand, habe ich wohl ein halbes Dutzend Mal von Reichsdeutschen, die in den besetzten Teilen der baltischen Provinzen zurzeit tätig sind, den Ausdruck des Erstaunens darüber gehört, wie stark der deutsche Charakter dieser Gebiete vorherrschend sei; in allen entscheidenden Zügen weise das Balticum das Gepräge eines deutschen Landes auf. In der Tat ist auch der mit der baltischen Geschichte leidlich Vertraute überrascht, wenn er Rigas Boden betritt. Abgesehen von den wenigen orthodoxen Kirchen und den gemischt sprachigen Straßen- und Ladenaufschriften sucht er vergebens nach Kennzeichen der zwei Jahrhunderte alten russischen Fremdherrschaft. Der prächtige Dom, die noch schönere Petrikirche und die stattliche Reihe bedeutender Profanbauten tragen ausnahmlos deutsches Wesen zur Schau; man muß schon in die Vorstädte kommen, um durch die Holzbekleidung der Häuser daran erinnert zu werden, daß man sich eigentlich in Rußland befindet, und es gibt wohl wenige deutsche Gartenstädte, die so einheitlichen, ausgeprägt deutschen Villenbaustil aufzuweisen haben, wie Rigas entzückende Waldwohnstadt Kaiserwald. Der reichsdeutsche Besucher gewinnt erst dann die richtige Distanz zu der auf den ersten Blick überraschenden Erscheinung, wenn er sich erinnert, daß in dieser Stadt wie überhaupt im Baltenland deutscher Einfluß maßgebend gewesen ist seit jenen alten Tagen, als wagemutige hansische Kaufleute die Gestade des Rigaischen Meerbusens ansegelten und glaubens- und kampffrohe jüdd.utsche Rittergeschlechter unter den Klängen des Wanderliedes mittelalterlicher Deutscher Kolonisten „nach Oosland wollen wir rijden" ins Baltenland eindrangen. Wir beklagen so oft, daß so viele Volksangehörige, die wir in den letzten Jahrhunderten als Auswanderer nach Uebersee abgeben mußten, dem Deutschtum verloren gegangen sind: welchen heißen Dank schulden wir demgegenüber heute mehr als je den baltischen Deutschen, die es verstanden haben, trotz unsagbarer russischer Unterdrückungsversuche ihr Volkstum aufrecht zu erhalten. Dank der Nachwirkungen einer Jahrhunderte alten glänzenden geschichtlichen Ueberlieferung und Dank der diesem deutschen Stamm in Sonderheit eigenen nationalen Zähigkeit und Widerstandskraft — dem Erbteil des Umstandes, daß der Deutsch-Balte sich gegenüber Russen, Letten und Esthen stets als kulturüberlegene Herrenschicht gefühlt hat!

Wenn man sich vergegenwärtig, daß Riga vor dem Kriege unter seinen 525 000 Einwohnern nur 70 000 Deutsche zählte, Libau unter 100 000 nur 12 000, so kann man nur rückhaltlose Bewunderung empfinden, daß die deutschen Minderheiten infolge ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Ueberlegenheit diesen Städten — und in den kleineren baltischen Orten wie auf dem Lande steht es nicht anders — deutsches Gepräge bewahrt haben. Und man muß ohne weiteres folgern, daß die nationale Politik, die die Deutsch-Balten gegenüber ihren lettischen, esthnischen und den vereinzelten polnischen litauischen Hintersassen getrieben haben, die einzig mögliche ist. Die Hauptsorge der führenden Baltenkreise besteht augenblicklich darin, daß vorgefaßte Lehrmeinungen über die Behandlungsweise fremdsprachiger Völkersplitter aus dem Reiche auf den Boden Kurlands und Livlands getragen werden möchten. Es kommt alles darauf an, daß der Lette und Esthe nicht durch verkehrte Maßnahmen zum Verlust seiner überkommenen Auffassung gebracht wird, daß es deutsches Land ist, in dem er wohnt. Das Törichtste was wir begehen könnten, wäre, den Letten und Esthen zu ernst zu nehmen, ihn künstlich zur Erkenntnis seiner Bedeutung zu bringen, die er nicht besitzt. Es gibt keine lettische und esthnische Kultur; auch die Schriftsprache dieser an Zwei- und Einkindersystem sterbenden Volkssplitter verdankt ihr Entstehen deutscher Hilfe.

Der Lette, ein Slawe mit sehr viel germanischem Blut, ist strebsam und eitel. Letten, die in Rußland als Wirtschaftsbeamte oder Kinderfräulein tätig waren, gaben sich stets als deutsche Inspektoren und Gouvernanten aus; wenn der Lette nach Deutschland fuhr, firmierte er als Deutsch-Balte. Beweis seines Anerkenntnisses der Ueberlegenheit deutscher Kultur und seines Strebens, als Angehöriger dieser überlegenen Kultur zu gelten. Wenn man nicht den Fehler macht, einzelne führende Letten zu viel um Rat und Meinung zu fragen und dadurch künstlich lettischen Größenwahn zu züchten, sondern die Letten zwar gerecht, aber fest anfaßt, wird es nach der übereinstimmenden Ansicht aller deutschen Balten ungemein leicht sein, mit ihnen fertig zu werden. Der Esthe, mongolischen Stammes, mit Finnen und Magyaren verwandt, ist noch leichter zu behandeln. Er ist nicht so begabt, aber deutschfreundlicher und viel besseren Charakters als der Lette, in dessen Sprache die Worte „Dankbarkeit" und „Gewissen" fehlen. Daß Esthen und Letten sich tödlich hassen, erleichtert noch unsere Aufgabe. Man lasse ihnen den Unterricht in ihrer Sprache in der Volksschule, behalte aber die Berechtigungserteilung für öffentliche Aemter, lediglich den deutschen höheren Schulen vor. Da der Lette eine außerordentliche sprachliche Begabung hat — am 8. September, am Tage nach der Besetzung Rigas durch die Deutschen, konnte plötzlich jeder Lette deutsch sprechen — und da er dem Drang zum Vorwärtskommen im hohen Maße besitzt, wird er sich schnell der deutschen Herrschaft anschließen.

Allerdings müssen Fehlgriffe vermieden werden, wie sie gelegentlich schon vorgekommen sind. Der Russe hat nie daran gedacht, einen Letten zum Richter zu machen; bei uns spielt man scheinbar bereits mit diesem Gedanken. Unter russischer Herrschaft hätte man niemals einem deutschen Redakteur zugemutet, sich mit einem lettischen an einen Beratungstisch zu setzen, wir tun das. Wir erkundigen uns auch bei einem übel beleumdeten Letten nach der Geeignetheit eines angesehenen Deutsch-Balten zum Amte des Friedensrichters. Der Balte hat daraufhin das Amt abgelehnt und es sich durchaus höflich verbeten, bei Letten Erkundigungen über seine Person einzuziehen. Auch die Absagung eines Festgottesdienstes gelegentlich der Eröffnung der deutschen Schulen aus Rücksicht auf lettische Empfindlichkeit fällt in dieses Kapitel. Nicht daß man durch solche Mißgriffe unsere baltischen Landsleute verärgert, ist das Bedenklichste daran, sondern daß man dadurch mit dem in diesem Lande einzig möglichen Brauch bricht, den Deutschen als die führende Schicht zu bewerten. Nicht unbedenklich sind auch gewisse Fäden, die von der reichsdeutschen unabhängigen Sozialdemokratie zu den Letten gesponnen werden und die natürlich dazu führen müssen, bei diesen allerlei unerwünschte politische Erwartungen zu wecken. Herr Ledebour hat ja schon im Reichstage verlangt, daß man den von der russischen revolutionären Regierung zum Rigaer Bürgermeister ernannten lettischen Rechtsanwalt Semgall wieder ins Amt einsetzen möge, wobei Ledebour zu erwähnen vergaß, daß Herr Semgall längst mit den Russen geflüchtet ist. Semgall und seine Letten haben es übrigens seit der russischen Märzrevolution, die auch Riga der Mißwirtschaft eines Arbeiter- und Soldatenrates auslieferte, fertig gestellt, in kurzen sechs Monaten die vorher sehr reiche Stadt bis nahe an den Bankerott zu bringen; eine der ersten Amtshandlungen des jetzigen Stadthauptmannes hat darin bestanden, 500 überflüssige Beamte zu entlassen, die die Revolution mit Pfründen bedacht hatte.

Abgesehen von der leisen Sorge, daß wir die Vorurteile unserer landläufigen Demokratie in unsere Letten-Politik tragen könnten, und dadurch das unanfechtbare Ergebnis erzielen würden, das baltische Deutschtum seiner bisherigen führenden Stellung zu entkleiden, herrscht unter den dortigen Deutschen eine zukunftsfrohe, zuversichtliche Stimmung. Daran, daß wir Riga wieder aufgeben könnten, glaubt in Ernst niemand. Es hieße die Deutschen zur Abwanderung nach dem Reiche zwingen. Was ihnen bei einer Rückkehr der russischen Herrschaft bevorstände, lehrt die Sizilianische Vesper, die ihnen die Letten auf russische Anstiftung in der Nacht vom 2. zum 3. September zugedacht hatten. Lettische Dienstboten kündigten ihren deutschen Herrschaften schon am Vormittag des 2. September den Gehorsam mit den gemütvollen Worten: „Gnädige Frau leben morgen ja doch nicht mehr!" Als darum am späten Nachmittag die ersten deutschen Regimenter in die Stadt eindrangen, kamen sie nicht nur als Befreier der Rigaer Deutschen von der russischen Herrschaft, sondern von schwerster Lebensgefahr.

Aus den Kreisen reichsdeutscher Verzichtschwärmer wird ja immer noch die Frage, ob wir Riga behalten werden, als offene Frage behandelt. In England würde ein Mann, der in einem ähnlich gelagerten Falle mit der Wiederaufgabe eines eroberten Platzes alter englischer Kultur rechnet, sich um den Rest seiner politischen Reputation bringen, bei uns in Deutschland versucht man, die ernsthafte Beweisführung, daß Riga ohne das russische Hinterland wirtschaftlich zusammenbrechen müsse.

(Fortsetzung folgt.)

Der Zustand des Grafen Czernin gebessert

Wien, 14. Dez. Den Blättern zufolge ist im Zustande des Ministers des Aeußeren Grafen Czernin eine wesentliche Besserung eingetreten. Der Minister konnte bereits das Bett verlassen und fühlt sich wesentlich besser.

Provinz Sachsen und Umgebung

Der Krieg und die Krieger

t. **Merseburg**, 14. Dez. (Das Städtische Krankenhaus) soll nach einem Magistratsbeschluß nach dem Kriege dem Militärfiskus auf dessen Antrag hin als Reservelazarett zur Verfügung stehen, mit der Einschränkung, daß statt bisher 50 nur 30 Betten für Militärzwecke bereitgestellt werden. Der Magistrat genehmigte den diesbezüglichen Vertrag mit dem Militärfiskus.

t. **Merseburg**, 14. Dez. (Das Rote Kreuz) hat für seine vaterländischen Zwecke im laufenden Jahre bis jetzt rund 102 000 Mark ausgegeben. Die Lazarette erhielten 20 000 M. Zuschuß, die Milchverkaufsstelle 14 100 M., Einrichtung und Betrieb von Nähstuben kosteten 2000 M., Beihilfen an Kriegerkinder 2 226 M., an die Ziegenfarm 1410 M., Liebesgaben für die im Felde stehenden Truppen 7298 M., Beihilfe zu den Unterhaltungskosten der Flüchtlinge aus Ostpreußen und Rußland 967 M. zum Ankauf und zur Verarbeitung von Wolle 2420 M., Beihilfe an die Schreber- und Familiengärten-Vereine zu Gartenpachten und Landankäufen 7763 M., Beihilfe zum Ankauf von Lesestoff für die Truppen 1000 M., Beihilfe für kriegsgefangene Deutsche 1000 M., Beihilfen zur Einrichtung von Kinderhorten 2500 M. und Beihilfen zur Förderung der Seidenraupen-, Bienen- und Kaninchenzucht 1197 M.

t. **Merseburg**, 14. Dez. (Hilfe für Kriegerkinder.) Der Freiwillige Hilfsdienst hat 36 erholungsbedürftige Kriegerkinder mit bestem Erfolge nach dem Martha Hohenthal-Haus in Bad Dürrenberg entsandt und wird das auch jetzt wieder tun. Außerdem wurden an 40 kränkliche Schulkinder 782 Soolbäder verabfolgt. Die Mittel wurden durch freiwillige Spenden aufgebracht. Es gingen ca. 2600 Mk. ein.

Kirche, Universität, Schule

K. **Bitterfeld**, 14. Dez. (Die zweite Lehrerprüfung) wurde von den Lehrern Hoffmann aus Möst, Schulze aus Bitterfeld und Molch aus Greppin mit Erfolg abgelegt. Den Vorsitz führte Wirkl. Geheime Regierungs- und Schulrat Guden aus Merseburg. An den Prüfungen nahm auch der Abteilungsdirigent der Kgl. Regierung, Ober-Regierungsrat Hoche teil.

Diebstähle und andere Straftaten

n. **Köthen**, 14. Dez. (Durch einen Gaunerstreich) wurde ein hiesiger Geschäftsmann geschädigt. Eine Gutsbesitzerin aus einem benachbarten Dorfe kaufte bei ihm einen Wintermantel, bezahlte auch den Kaufpreis von 120 Mark, nahm den Mantel aber noch nicht mit da sie erst den Bezugsschein beschaffen mußte. Am nächsten Tage erschien ein ländlich gekleideter Mann und forderte den von der Gutsbesitzerin gekauften Mantel, der ihm auch ausgehändigt wurde. Nach einigen Stunden erschien die Käuferin selbst, um ihr Eigentum zu fordern wodurch der Betrug offenbar wurde. Der Kaufmann lehnte es ab, den Schaden zu tragen, sodaß sich aus diesem Geschäft noch ein Rechtsstreit entwickeln wird.

K. **Rödgen** (Kreis Bitterfeld), 14. Dez. (Diebstahl.) Dem Windmüller Oehme wurden von seiner Mühle am Zöberitz-Rödgener Wege 7½ Zentner Roggen- und Weizenmehl und eine Taschenuhr gestohlen. Der Bestohlene setzte 100 Mark Belohnung aus.

y. **Kelbra**, 14. Dez. (Wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Obst) verurteilte das Schöffengericht Frau Agnes Koch zu 120 M., Frau Alwine Werner zu 45 und 215 M. den Invaliden Karl Basting zu 45 M., Frau Rößler zu 35 M., Frau Minna Bornkessel zu 145 M. und den Knopfmacher Karl Weber zu 100 M. Geldstrafe.

Feuersbrünste

— **Jeßnitz**, 14. Dez. (Großfeuer.) Heute in den ersten Morgenstunden entstand im Biermannschen Grundstück, in dem hinter dem Wohnhause befindlichen Mühlengebäude Feuer wo oben Mehl- und Häckselkammern sind, dem das Gebäude mit Inhalt zum Opfer fiel.

Querfurt, 14. Dez. (Ein größeres Schadenfeuer) entstand gestern früh im Betriebe der Querfurter Kalkindustrie, das einen Teil der Gebäude vollständig einäscherte. Da die dort lagernde Kohle mit vom Feuer entzündet wurde, hatten die Löschungsarbeiten wenig Erfolg. Im Juni d. J. war in der Querfurter Kalkindustrie auch schon ein großer Brand ausgebrochen.

(Nachdruck verboten.)

Familie P. C. Behm

21] Roman von Ottomar Enking.

Sie fühlte das deutlich, und er wußte wirklich nicht recht, ob sie gescherzt oder schroff zu ihm gesprochen hatte. — Deshalb erwiderte er mit einem Ausflug von Aerger: „Weshalb denn? Wirtshausessen ist mir gräßlich. Ich halte mir mein Abendbrot immer zu Hause und kaufe beinahe alles selbst ein." — „So werden Sie ein guter Ehemann", bemerkte Frau Behm anerkennend. Schwieg rmawma macht schon Anspielungen, dachte Paul zu sich. Anna schoß eine neue rote Welle ins Gesicht. Paul nahm aus Verzweiflung schon den dritten Bismarckhering, denn Frau Behm sah immer auf seinen Teller und nötigte, sobald er halbleer war. Bernhard sorgte für Getränke. „Ja", begann er wieder, indem er auf Schaum schenkte, „ich könnte auch nirgend anderswo essen als im Schoße der Familie. Gemütlicheres gibt es gar nicht. Das heißt, bisweilen speise ich gern mal in einem anständigen Hotel. Es Kaisersgeburtsessen oder sonst mal. Aber für gewöhnlich nicht in die Kneipe mit dem Wirtshausfraß. Na, es wird wohl bald jemand anders für Sie einlaufen, Dokter. Prost." — „Prosit, Herr Postassistent."

Die Verlegenheit wurde immer größer. Man hörte, wie Paul am Bier schluckte. Annas Messer kreischte auf dem Teller. — „Kommen Ihre lieben Eltern nicht und besuchen Sie, Herr Doktor?" fragte Frau Behm. — „Ach, die haben wenig Zeit. Ich fahre öfters hinüber, und dann bin ich meistens auf meine Schwestern angewiesen." — „Jawohl, Herr Dokter hat zwei Schwestern" erläuterte Bernhard. — „Gott, die lieben Mädchen", sagte Frau Behm mütterlich gerührt und schob Mies beiseite, die ihren Teil am Brot aufgezehrt hatte und sich miauend am Stuhl scheuerte — „Wenn Sie schreiben, bitte, grüßen Sie freundlichst, Dokter", bat Bernhard. — „Danke sehr." — „Ich hatte auch zwei Schwestern", fing P. C. Behm zu erzählen, „eine starb ganz jung, als sie beinah verlobt war. In deinem Alter, Anna. Sie bekam es auf der Brust. Na, das hat ja nun bei dir keine Not Und die andere ist erst vor einem Jahr gestorben. Die bekam einen schlimmen Leib. Sie wollte immer keine wollene Unterwäsche tragen. Und das muß man." — „Ja, das ist sehr gesund, hauptsächlich im Winter", pflichtete Paul bei. — „Wir verkaufen viel diese Normalhemden mit doppeltem Achselverschluß", erzählte P. C. Behm weiter. „Neulich hat noch Frau Kanzleirat Rettich ihrem Mann ein Stück zu Geburtstag geschenkt." — „Das sind sehr feine Leute", ergänzte die kleine Frau Behm. — Paul verbeugte sich respektvoll. — Behm fuhr fort: „Wir tragen alle Wolle. Anna auch." — „Ich auch", sagte Paul. Er hätte Messer und Gabel auf den Teller schleudern und davonlaufen mögen. Was sollte er denn nur hier? Bei diesen Menschen? Zu denen sagte Anna „meine Familie"? Da wollte sie ihn hineinziehen? Nicht um die Welt.

„Na Dokter, noch'n Bismärcker, he?" lud ihn Bernhard ein und hielt ihm von neuem die riesige Schüssel unter die Augen. — „Und ein Stück Brot", bat Frau Behm. — Paul wehrte sich mit ablehnender Handbewegung, zu sprechen vermochte er gegen das ewige Nötigen nicht. — „Na, denn Käse, sehen Sie hier, echter Holsteiner!" rief der unermüdliche Bernhard, lüftete die Käseglocke und ließ den strengen Geruch den er mit Wonne einsog, in die Stube dringen. „Der ist durch, sage ich Ihnen. Sind eigentlich Bazillen hier in diesem Rotten?" — O ja, warum nicht?" meinte Paul und schnitt sich ein kleines Stück ab. — „Wir haben einen Kollegen", berichtete Bernhard, „der hat sich auf'm Markt so'n Mikroskop gekauft. Da kann er alles mit sehen. Neulich hielt er eine Käsrinde unter. Das wimmelte von Biestern. Aber denn mag ich den Käs' eigentlich am liebsten." — „Na", entgegnete Paul und würgte, „das ist nun Geschmacksache." — „Aber diesen mögen Sie doch, Herr Dokter, nicht?" fragte Frau Behm ängstlich, „sonst kann Anna ja schnell noch hinüberlaufen und holen Tilsiter." — „O bewahre, bewahre! Liebe Frau Behm! Ausgezeichnet!" — „Na, prost Rest, Dokter." — „Wohlsein, Herr Postassistent!"

Das Essen ging ja auch vorüber, wie lang es Paul dauern mochte. Und dann kam der Nachtisch. — „Laß uns abdecken, klein Anna", sagte die Mutter, und bring' reine Teller. Wenn der Gelatinepudding bloß steif genug ist. Manchmal hat er es so unter sich, daß er nicht will und nicht will." — „Noch mehr?" fuhr Paul bestürzt auf, „was haben Sie meinethalb alles für Umstände gemacht!" — „Bitte, bitte, das gehört sich doch so, Herr Dokter. Wenn einer zum erstenmal in unsre Familie zu Besuch ist", lächelte Frau Behm geschmeichelt.

Der Gelatinepudding war mächtig steif, und die rote Johannisbeersauce (denn dafür hatte sich Familie P. C. Behm schließlich entschieden) war mild und doch kräftig. Ja, das war wirklich ein herrliches Gericht, und alle lobten es und sagten: Mim, ja, soll wohl sein, fein fein fft." — Frau Behm empfahl ihre Anna: „Die Johannisbeeren hat Anna eingemacht. Ja, einmachen, das versteht sie." — „Prachtvoll! Natürlich. Ja. Delikat", schwärmte Paul und aß, was er konnte, um seine Wut zu meistern. — Se bst der Nachtisch war nicht ewig. Bernhard kam mit dem Zigarrenetui und setzte eine Menge Aschenbecher auf den Tisch: „Also los! Eine braune Schönheit. Doktor Rauchs gesammelte Werke. Qualmtute. Extra muros!" — Er freute sich furchtbar über seine Witze und auch der alte P. C. Behm nickte wohlgefällig. Geistreich waren sie doch in seiner Familie. Das hatten sie von ihm. Frau Behm war ebenfalls zufrieden, nur Anna wurde immer unsicherer. — „Ach, ich bin eigentlich kein Raucher", dankte Paul. — „Aber heute, Ausnahmen bestätigen die Regel", drängte Bernhard. Es wurde geraucht. Paul tat der Dampf sogar wohl. Er beruhigte ihn etwas. — „Und nun noch etwas Oel paa Flaiker, wie die Dänen sagen", ließ sich Bernhard wieder vernehmen und zog die Bierflaschen auf. Warum war er nur hergekommen? Und wann konnte er gehen? Gehen, um nie zurückzukehren!

„Wenn ich Ihnen nun vielleicht aus dem Brief an den Kaiser vorlesen dürfte", sagte Behm, bescheiden und stolz zugleich. Der Abend sollte seine Weihe erhalten. — „Ach, Vater", meinte Anna, „warte doch, bis du damit fertig bist." — „Sechs Seiten sind ja schon fertig, da sieht schon viel auf", beharrte der Alte. Paul sagte: „Ja, bitte, bitte sehr", Bernhard murmelte etwas wie: „Immer ran' an'n Baß und rin in's Vergnügen", und Frau Behm flüsterte: „Unser Pappa schreibt schön. Als er wär' ein Professer bei die Sjule." — P. C. Behm hatte sein Manuskript aus der Kommode geholt, setzte seine Brille auf, tat noch einen Zigarrenzug, trank noch einen Schluck Bier, räusperte sich und las vor:

Allerdurchlauchtigster Kaiser! Großmächtigster, erhabenster und gewaltigster Kaiser, König und Herr! Wie Eure Majestät vielleicht schon zu wissen geruhen werden, wurde die gute und getreue Stadt Koggenstedt am fünften Februar 1207 von dem hochgeborenen und vieledlen Ritter Carolus von Rantzau gegründet als welcher damals über diesen Strich Landes das Regiment führte und eines Tages mit einer Kogge, so man damals die Kriegsschiffe genannt hat, vor einem gräßlichen Sturm auf der Ostsee in unserer wunderschönen und für Kriegshafenzwecke sehr geeigneten Bucht Zuflucht gefunden hatte. Dieser legte den Grundstein zu dem ersten Hause, indem er die erhebenden Worte sprach: ‚Dysse Stede schall heeten Koggenstede von hüüt bet up ewigen Tiden. So wohr uns Gott helpe sampt alle sine Hilligen.' Ferner ist Eurer Majestät am Ende schon bekannt, daß die aufblühende Stadt bereits im Jahre 1309 von schwerem Verderben betroffen wurde. Denn im Juli des genannten Jahres hatte ein verweiflicher Mensch, namens Johann Klutenpedder, die jungfräuliche Tochter des wohlgeborenen Herrn Bürgermeisters schmählich entehrt und sollte um solchen Frevels willen nach Recht und Gerechtigkeit geläupt, enthauptet und verbrannt werden. Ist er aber aus dem Turmverließ, wozu der Schlüssel verlorengegangen und der Wächter gerade trunken war, entwichen und hat die Stadt mit etlichen Spießgesellen angezündet, wodurch er mit des Teufels Hilfe einen so großen Brand hervorrief, daß nicht ein Stein auf dem anderen behaften blieb. Im Jahre des Herrn 1811 aber . . ." O Gott, erst 1811, seufzte Paul tief bei sich.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191712151-19/fragment/page=0003

— Braunschweig, 14. Dez. (Großfeuer.) In voriger Nacht brach in der Pianofortefabrik von Zeitter & Winkelmann ein Großfeuer aus, das den größten Teil der Fabrikgebäude zerstörte. Bei dem Brande wurde ein Feuerwehrmann durch einen einstürzenden Giebel verletzt. Er fand Aufnahme im Krankenhause.

Verschiedene Nachrichten

t. Merseburg, 14. Dez. (In der Generalversammlung des Heimatkunde-Vereins) wurde Kenntnis von der 100 M.-Stiftung zum Ankauf eines für die Geschichte Merseburgs wichtigen Sammlungsgegenstandes gegeben.

— Göttingen, 14. Dez. (Reiches Vermächtnis.) Die Witwe des Kaufmanns Schrader in Göttingen, die seit 50 Jahren in Meran in Tirol wohnt, hat ihre Vaterstadt zur Universalerbin ihres Vermögens von mehr als 300 000 Kronen eingesetzt. Die Stiftung soll zur Erziehung sittlich gefährdeter Kinder verwendet werden.

t. Merseburg, 14. Dez. (Der Kleinhandelshöchstpreis für Speisekartoffeln) ist vom Kriegsausschuß ab 15. Dezember auf 7½ Pf. für das Pfund festgesetzt worden.

t. Merseburg, 14. Dez. (Totgefahren) wurde auf Station Leuna der aus Weißenfels stammende Schlosser Müller, der beim Ueberschreiten der Geleise zwischen die Puffer zweier rangierender Wagen geriet und so erhebliche Quetschwunden erlitt, daß er kurze Zeit nach dem Unfall im hiesigen Krankenhause verstarb.

Aus Halle und Umgebung

Halle, 15 Dezember.

Der Hallesche Beamtenausschuß

hielt eine sehr stark besuchte Sitzung ab. Der Vorsitzende gab eine Reihe von Mitteilungen bekannt. Neu beigetreten ist der hiesige Zweigverein des Verbandes ehemaliger Maschinenbauschüler im Eisenbahndienst, Sitz Opladen, und der Zweigverein mittlerer maschinentechnischer Eisenbahnbeamten (ehemaliger Verein Deutscher Eisenbahn-Werkmeister). Der Schatzmeister berichtete über die zahlreich eingegangenen Spenden zugunsten der in den hiesigen Lazaretten untergebrachten Verwundeten und teilte zugleich mit, daß die nächste Verteilung von Liebesgaben am 23. Dezember, 4 Uhr nachmittags, im „Volkspark“ stattfindet, zu der die Gesangsabteilung der städt. gewerblichen Fortbildungsschule in liebenswürdiger Weise ihre Mitwirkung zugesichert hat.

Zu den Ernährungsfragen wurde der Befriedigung Ausdruck gegeben, daß jetzt endlich die Kartoffelmenge auf 7 Pfund erhöht sei. Beklagt wurde das Zurückhalten und die hohen Preise des Obstes. Der Verkauf von städtischen Aepfeln durch einige wenige Geschäfte muß bemängelt werden. Viele Leute erhalten keine Aepfel, trotzdem in den Zeitungen der Verkauf nach den Nummern der Lebensmittelscheine angekündigt ist. Der Preis für die z. T. sehr schlechte Ware ist viel zu hoch. Wenn für angefaulte Aepfel 72 Pfg. gezahlt werden müssen, muß das als eine Uebervorteilung betrachtet werden. Auch die gelieferten Kartoffeln sind vielfach minderwertig und der Preis zu hoch.

Dem neulich gespendeten behördlichen Lobe über die Gemüseversorgung könne man sich nur bedingt anschließen, wenn die Versorgung auch in manchen Städten noch schlechter sei. Im übrigen wies der Vorsitzende auf die Schwierigkeiten des Winters hin. Angesichts der Friedensaussichten werde man sie leichter überwinden. Trotzdem werde man weiter die Ernährungsverhältnisse beobachten und mit Vorschlägen nicht zurückhalten. Er schlug deshalb einen Ausschuß von drei Herren vor, die alle diese Fragen im Auge behalten sollen. Hierzu wurden die Herren Krause, Sperl und Bär gewählt.

Von den Eisenbahnbeamten im Fahrdienst, die als Schwerarbeiter angesehen werden, wird Klage geführt, daß ihnen die zustehenden Mengen häufig vorenthalten werden und daß jede Hilfskraft, die zu Schreibarbeiten eingestellt ist, sofort als Schwerarbeiter betrachtet wird, während die aktiven Beamten, die viel größere Arbeitsleistungen zu bewältigen haben, nicht dazu gerechnet werden.

Sodann machte der Vorsitzende kurze Ausführungen über den Stand der Beamtenrechtsfrage. Als neuer Punkt der Tagesordnung wurde eingeschoben „Teuerungsbeihilfen“. Mit Befriedigung nahm man von den gemachten Mitteilungen Kenntnis. Dem Vorsitzenden wurde für seine erfolgreichen Bemühungen der Dank der Versammlung ausgesprochen. Weiter sprach der Vorsitzende über „Beamte und Neuordnung im Staate“. Er ging davon aus, daß er die jetzt in Preußen eingetretenen weltgeschichtlichen Ereignisse nicht unter dem Gesichtspunkte der Parteipolitik betrachten wolle. Das werde an anderer Stelle geschehen. Aber die Beamtenschaft muß aus rein praktischen Erwägungen heraus dazu Stellung nehmen. Das bisherige Wahlrecht mit seinen drei Wählerklassen bedeute auch für die Beamten ein schweres Unrecht. Mit ganz wenig Ausnahmen gehörten sie der dritten Klasse an. Die öffentliche Wahl unterdrücke die freie Ausübung des Stimmrechts in zahllosen Fällen und schaffe geradezu eine Nadelstichpolitik. Deshalb muß die Abänderung des Wahlrechts begrüßt werden. In dem vorliegenden Entwurf trifft die vorgesehene Aufenthaltsdauer von einem Jahre im Wahlbezirke das Wahlrecht vieler Beamten. Da auch weite andere Kreise getroffen werden, sollte man die Bestimmung beseitigen. Bei der Zusammensetzung des Herrenhauses scheide man die Beamten ganz aus. Wenn einmal eine ständige Zusammensetzung beliebt werde, dürfe neben den anderen Berufskreisen die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft keinesfalls fehlen. Die Beamtenschaft müsse das als Zurücksetzung empfinden. Für sie sei die Frage in erster Linie eine Frage des Ansehens und der Wertschätzung. Hier werde der Beamtenschaft durch den Staat eine mindere Bedeutung gegenüber den anderen Bevölkerungskreisen ausgesprochen. Dagegen könne nicht entschieden genug Protest erhoben werden. Kein Beamter verkenne die hohe Bedeutung der übrigen Berufe und wolle gewiß nichts dagegen einwenden, wenn eine angemessene Vertretung dafür geschaffen würde, aber daß die Beamten ganz leer ausgingen, sei ungerecht. Freilich müsse zugegeben werden, daß ein Wahlkörper zurzeit noch nicht vorhanden sei. Deshalb müssen Beamtenkammern erstrebt werden. Bis dahin würden sich aber Notbehelfe schaffen lassen. Jedenfalls habe man noch das Zutrauen zu den gesetzgebenden Körperschaften, daß hier kein neues Ausnahmerecht für die Beamten geschaffen wird. Diese Vorgänge beweisen von neuem, wie wichtig ein einiges Zusammenarbeiten aller Beamtengruppen ist.

Die Kartoffelversorgung

Die in letzter Zeit vielfach vertretene Anregung, die wöchentliche Siebenpfund-Kartoffelration auf zehn Pfund zu erhöhen, ist Gegenstand einer sorgfältigen Prüfung im Kriegsernährungsamt gewesen. Unterstaatssekretär Dr. Müller gab darüber den Pressevertretern Erklärungen ab, die geeignet erscheinen, die Bevölkerung über diese wichtige Angelegenheit im beruhigenden Sinne aufzuklären. Um es gleich vorweg zu nehmen, ging aus den Mitteilungen des Unterstaatssekretärs die Unmöglichkeit einer Berücksichtigung dieses Wunsches hervor. Nach dem Wirtschaftsplan der Reichskartoffelstelle sind zur Deckung des Gesamtbedarfes 34,7 Mill. Tonnen Kartoffeln erforderlich. Ein Abgehen von diesem Plan durch Erhöhung der Kartoffelration würde aber eine Gefährdung unsrer Volkswirtschaft und der landwirtschaftlichen Verhältnisse im Frühjahr bedeuten. Der Verteilungsplan, der keine große Bewegungsfreiheit zuläßt, ist im einzelnen wie folgt gedacht: Auf das zur Erntebestellung notwendige Saatgut entfallen bei Belassung von zehn Zentnern Saatkartoffeln pro Morgen der Anbaufläche 5,8 Millionen Tonnen. Die zur Ernährung der Selbstversorger in der Zeit vom 15. September 1917 bis 15. September 1918 erforderlichen Mengen an Speisekartoffeln (Tageskopfmenge 1½ Pfund), einschließlich der zur Brotstreckung den Selbstversorgern zugewiesenen Frischkartoffeln, betragen 6,6 Millionen Tonnen. Die zur Ernährung der versorgungsberechtigten Bevölkerung, einschließlich der für Heer und Marine benötigten Mengen, belaufen sich für die Zeit vom 15. September 1917 bis 3. August 1918 auf über zwölf Mill. Tonnen, bei einer Wochenration von sieben Pfund, zuzüglich ein Pfund Schwund. Darin ist auch die auf die Lieferkreise bereits umgelegte Reichsreserve in Kartoffeln enthalten, die dazu dienen soll, im Frühjahr, zu einer Zeit, wo gewöhnlich die Ernährungsschwierigkeiten am größten sind, Ausgleiche insbesondere zugunsten der schwer arbeitenden Bevölkerung zu schaffen. Zur Herstellung des für den Heeresbedarf unbedingt erforderlichen Spiritus sind 2,46 Millionen Tonnen zurückgestellt. Eine wichtige Rolle spielt die Belieferung der Trocknereien und Stärkefabriken mit Kartoffeln, zwecks Herstellung des erforderlichen Brotstreckungsmaterials. Hierfür sind etwa 1,44 Millionen Tonnen vorgesehen. Endlich berücksichtigt der Wirtschaftsplan die den Erzeuger treffenden Ausfälle an Verderb und Schwund; sie sind in Höhe von 6,9 Millionen Tonnen in Ansatz gebracht, worin auch die den Landwirten belassenen, zur menschlichen Ernährung ungeeigneten Futterkartoffeln enthalten sind. Legt man die ermittelte Herbstkartoffelfläche zugrunde, so muß zur Durchführung des Wirtschaftsplanes ein durchschnittlicher Ertrag von 73 Zentnern pro Morgen vorhanden sein. Dies bedeutet bei den großen Ausfällen, die durch die Ernte auf minder günstigen Böden entstehen, daß auf guten Böden mindestens 80 bis 90 Zentner durchschnittlich geerntet werden müssen. Wenn auch das bisherige Ergebnis der Ernteerhebung hinter diesem Umfang zurückbleibt, so kann doch mit der Aufbringung der zur Durchführung des Wirtschaftsplans der Reichskartoffelstelle erforderlichen Mengen bei entsprechend sorgsamer Erfassung der Ernte bestimmt gerechnet werden. Es wäre ein schwerer Fehler, eine Erhöhung der Ration zunächst zu versprechen, die auf die Dauer nicht durchgeführt werden könnte. Abgesehen hiervon aber dürfen die großen Transportschwierigkeiten nicht außer Auge gelassen werden. Zur Durchführung der Wintereindeckung war es unter Zugrundelegung der jetzt geltenden Rationen erforderlich, daß in der Zeit vom 15. September bis 15. Dezember täglich im Durchschnitt 6400 Waggon Kartoffeln den Bedarfsstellen zurollten. Diese Inanspruchnahme der Eisenbahn ist eine ganz außerordentliche, wenn man bedenkt, daß neben den Kartoffeln andere Nahrungs- und Bedarfsmittel befördert werden müssen, ganz abgesehen von der Belastung, die die Eisenbahn durch Inanspruchnahme seitens der Heeresverwaltung erfährt. Nur mit der größten Schwierigkeit für die Eisenbahn war es möglich, diese Kartoffeltransporte so rechtzeitig zu bewältigen, daß die Wintereindeckung erreicht werden konnte. Lücken in der Wintereindeckung sind bei einzelnen Kommunalbehörden noch vorhanden, an deren Beseitigung durch Kartoffelzufuhren an frostfreien Tagen zurzeit noch gearbeitet wird. Diese gesamten Umstände müssen von denjenigen Verbraucherkreisen, die die Erhöhung der Wochenration fordern, gewürdigt werden.

Bemerkenswert ist, wie sich der Berliner Oberbürgermeister Wermuth in der letzten Berliner Stadtverordnetensitzung über diesen Gegenstand unter Bezugnahme auf die Ausführungen Dr. Müllers äußerte. Er sagte nach Berliner Blättern u. a.:

„Diese Aeußerungen lassen erkennen, daß mit großem Nachdruck der Plan betrieben wird, die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln behufs tunlichster Freigabe großer Kartoffelmengen zu ergänzen oder aufzulockern durch Anwendung des Systems der Lieferungsverträge. Nachdem das System der Lieferungsverträge sich bei anderen Nahrungsmitteln als durchaus unzulänglich erwiesen hat, scheint seine Anwendung auf die Kartoffel das Rückgrat der ganzen diesjährigen Ernährung, als im hohen Grade bedrohlich. Die Kartoffelzufuhr nach den Städten wurde dadurch mitten im Erntejahr ins Ungewisse gestellt, die einheitliche Versorgung in unübersehbare kleine Teile und Teilchen zerlegt und den Städten eine Verantwortung aufgebürdet, der sie in keiner Weise gewachsen sind, und die sie von vornherein mit aller Entschiedenheit ablehnen mußten. Erfolgte auf so unsicherer Grundlage die Freigabe der Kartoffeln, dann würde nach den schon sattsam gemachten Erfahrungen einerseits eine sehr starke Verfütterung und andererseits eine in ihrer Tragweite gar nicht zu ermessende Belebung des wilden Handels drohen. Die Möglichkeit, die Kartoffelportion, sei es jetzt, sei es in der kritischen Zeit gegen das Frühjahr hin zu erhöhen, wäre damit von vornherein ausgeschlossen. Ja, es würde sogar die gegenwärtige Kartoffelkopfmenge von 7 Pfund ernstlich in Frage gestellt, denn die papierenen Vertragsstrafen würden selbst, wenn sie eingetrieben werden könnten, uns einen Ersatz nicht bieten. Sie machen uns nicht satt. Wenn alledem gegenüber nun geltend gemacht wird, die Kartoffelernte sei gar nicht so günstig, wie anfangs erwartet, ausgefallen, so ist um so weniger zu erkennen, wie man angesichts eines solchen Tatbestandes zur Freigabe irgend einer Kartoffelmenge zum nicht rationierten Verbrauch schreiten kann. Die städtische Bevölkerung hegt die bestimmte Erwartung, daß die etwa vorhandenen Ueberschüsse mindestens zum großen Teil dazu verwendet werden, um die Mängel auszugleichen, die auf anderen Gebieten der Nahrungsmittelversorgung, so beim Brot, Fett und Gemüse, vorhanden sind. Nicht ohne Geschick hat ein Vertreter der Reichsstelle den Versuch gemacht, die ganze Frage als eine solche der Winterversorgung darzustellen, in der Groß-Berlin anders dastehe, als die übrigen Städte. Dieser Versuch, Groß-Berlin zu isolieren, geht fehl. Der Kern der Sache, die Versorgung bis zum Schlusse des Erntejahres, ist für alle Städte völlig gleich. Demgemäß hat auch der Deutsche Städtetag sich dieser Frage von Anfang an mit größter Aufmerksamkeit angenommen. In seiner letzten Eingabe vom 6 November bittet er, bevor nicht die volle Sicherheit einer ausreichenden Versorgung der städtischen Bevölkerung gegeben ist, von jeder Auflockerung der öffentlichen Bewirtschaftung der Kartoffeln abzusehen und bevor eine Freigabe irgendwelcher Art erfolgt, die Verbrauchsmenge der städtischen Bevölkerung nennenswert zu erhöhen. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit aller großstädtischen Verbraucher überhaupt und nicht um eine Spezialangelegenheit Berlins. Die nächsten Tage werden Ihnen wohl weiter die Ueberzeugung verschaffen, daß die deutschen Städte hier einig zusammenstehen.“

— In einer Versammlung des Deutschen Sprachvereins in „St. Nikolaus“ sprach Prof. Dr. Bremer über die „Nationalitätenfrage an unserer Ostgrenze“ und schilderte hier seine persönlichen Eindrücke einer Reise, welche er auf Veranlassung Ludendorffs durch die besetzten Ostseegebiete unternommen hatte. Er ging zunächst auf die Sprachenverhältnisse ein, darauf hinweisend, daß das Ukrainisch und Weißrussisch dem Russischen gegenüber die Stelle von Dialekten einnimmt, trotzdem fühlen sich die Ukrainer und Weißrussen als eigenes Volk. Bei ersterem machen sich starke Selbständigkeitsbestrebungen geltend, während diese bei den Weißrussen noch weniger zu beobachten sind. Diese stehen noch auf einer ganz niedrigen Kulturstufe. Das gesamte Weißrussentum kann nicht schreiben und lesen. Ob ihr Aufenthaltsort gedielt ist, ob sie auf der Erde schlafen, ob das Dach einfällt, die Fenster entzwei sind, ist ihnen vollständig gleich. Es wohnen mehrere Familien in einem Raum; die Bekleidung ist äußerst primitiv. Bei dem dritten Volk, dem der Litauer, liegen die Verhältnisse anders. Es ist ein altes Volk mit einer reichen Vergangenheit und Geschichte, welches aber im Laufe der Jahrhunderte seine Eigenart eingebüßt hat. Erst seit 10 Jahren ist wieder eine eigene litauische Literatur und Geschichte entstanden und seitdem geht es mit der Entwickelung des litauischen Volkstums schnell vorwärts, insbesondere seit der Besetzung durch die Deutschen. Litauen besitzt jetzt doppelt soviel Schulen als in Friedenszeiten. Es muß uns daran liegen, das Litauentum zu kräftigen, um in ihm einen treuen Bundesgenossen gegen das gefährliche Polentum zu haben; den Ukrainern, Weißrussen gegenüber kann man von einer gewissen polnischen Kultur sprechen und wie jedes Kulturvolk dem niederstehenderen Volke seine Sprache aufzwingt, so ist dies auch hier der Fall gewesen. Bei den Litauern insbesondere kommt die religiöse Stellung dazu. Die 1916 vorgenommene Zählung in Litauen hat deswegen ein ganz ungenaues Bild ergeben und ist zugunsten des Polentums verschoben worden, weil die Begriffe völkisch und religiös bei dem Litauer sich decken. Auf die Frage: „Was bist du?“ antwortet er nicht: „litauisch“, sondern „katholisch“. Von dem Zähler wurde denn einfach für „katholisch“ „polnisch“ eingesetzt. Von der wüsten Agitation der katholischen Geistlichkeit können wir uns schwerlich einen Begriff machen; sie ist unser gefährlichster Feind. Wilna, welches zum Weißrussentum gehört, wird von den Polen in Anspruch genommen, weil die Oberschicht polnisch spricht. Die Anspruchnahme Westpreußens, insbesondere Danzigs, durch die Polen ist ja bekannt. Aengstliche Gemüter brauchen nie eine Gefahr für uns in der Stärkung des litauischen Volkstums zu sehen, dazu ist die Volkszahl zu gering und der alte Volkshaß gegen die Polen wird sie immer an Deutschland Anschluß suchen lassen müssen. Was in Oberost, d. i. Kurland, Litauen und Weißrußland zwischen Litauen und Polen, hauptsächlich auf die Anregung Ludendorffs, geleistet worden ist, ist geradezu staunenerregend. Deutsche Kultur hat hier in der kurzen Zeit der Besetzung Verhältnisse geschaffen, wie sie unter russischer Verwaltung in 100 Jahren nicht eingetreten wären. Es ist eine litauische Schule begründet, die litauische Kirche ausgebaut worden. Das Land ist ebenso wie Kurland und der zwischen Litauen und Polen liegende Teil Weißrußlands wirtschaftlich so gehoben worden, daß Ober-Ost in der Lage gewesen ist, unser Ostheer nicht nur vollständig zu ernähren, also vollkommen unabhängig von der Ernährung der Heimat zu machen, sondern daß sogar noch von dem Ueberfluß, soweit man von einem solchen sprechen will, nach Deutschland abgeführt werden konnte. Es ist deswegen geradezu unverständlich und eine vollständige Verkennung bzw. Unkenntnis der Verhältnisse, wenn im Ausschuß der Ledebour mit geballten Fäusten vor den Vertreter der Regierung tritt und ihm die Worte entgegenschleudert: „Eine ewige Schmach ist es für Deutschland, den armen Wilnaern die Nahrungsmittel wegzunehmen, damit sie der Berliner haben kann.“ Ein unvergängliches Ruhmesblatt deutscher Kultur, deutschen Geistes, deutschen Schaffens ist die Entwickelung, die Ober-Ost unter der deutschen Verwaltung genommen hat. Staunend hört man, wie 14 Tage nach der Einnahme von Riga bei einem Leipziger Buchhändler Schulbücher für die litauische Volksschule bestellt worden sind. Es kann nicht warm genug jedem ans Herz gelegt werden, aus dem Buch Ober-Ost, welches kürzlich erschienen ist, sich näher darüber zu unterrichten. Erst wenn man die Verhältnisse des Ostens genau kennt, wird man sich der Schwierigkeit bewußt, welche einer vollständigen Annektierung Ober-Osts sich entgegenstellen. Unser Streben muß darauf gerichtet sein, daß wir diese 3 Bezirke militärisch und wirtschaftlich so an Deutschland angliedern, daß allmählich eine Einschmelzung erfolgen kann. Wir können die sichere Beruhigung und die feste Ueberzeugung haben, daß seitens unserer Heeresverwaltung alles nur möglich Erreichbare durchgesetzt wird.

Dr. Sch.

Börsen- und Handelsteil

Devisenkurse

Berlin, 14. Dezbr. Die telegraphischen Auszahlungen stellen sich heute für

	Geld	Brief
Holland	250¾	251¼
Dänemark	187½	188
Schweden	211¾	212¼
Norwegen	189¼	189¾
Schweiz	136½	136¾
Oesterreich-Ungarn	64.20	64.30
Bulgarien	80	80½
Konstantinopel für ein türkisches Pfund	20.05	20.15
Spanien für 100 Pesetas	133½	134½

Börsenstimmungsbild

Berlin, 14. Dezember Unter fortgesetzten Deckungen setzte sich heute an der Börse die gestern begonnene Aufwärtsbewegung in kräftigem Ausmaße fort. Die Kursbesserungen sind bei einigen Papieren um so größer, als der kräftig eintretenden Nachfrage nur geringes Angebot gegenübersteht. Dies gilt namentlich von Türkischen Tabak-, Orientbahn- und Lombardenaktien. Die gestern bevorzugten Schiffahrtsaktien traten heute in den Hintergrund und Montanwerte rückten an ihre Stelle. Hier waren es besonders Bochumer, Bismarckhütte, Oberschlesische Werte und Mannesmann, die bei lebhaften Umsätzen stärker in die Höhe gesetzt wurden. Auch Rüstungsaktien, besonders Rheinmetall und Daimler erfuhren wesentliche Steigerungen. Elektro- und chemische Aktien waren ebenfalls fest, aber nur mäßig höher, Schuckertaktien auf den Abschluß sogar etwas niedriger. Starkes Geschäft im freien Verkehr hatten sämtliche Petroleumwerte bei wesentlich gesteigerten Kursen. Heimische und österreichisch-ungarische Anleihen waren wenig verändert, russische Anleihen, Prioritäten und Banken durchweg gebessert. Das anfangs lebhaftere Geschäft lenkte im Verlaufe in ruhigere Bahnen. Die feste Tendenz bleibt aber bestehen.

Produktenbericht.

Berlin, 14. Dezember. Im Produktengeschäft blieb es still. Dringende Nachfrage bekundete sich für Klee und Grassämereien, von denen namentlich Rotklee, Serradella, Luzerne und Spörgel gesucht sind, ohne jedoch erforderlichem Angebot zu begegnen. Kommen Offerten heraus, so lauten sie vielfach auf Tausch gegen Düngemittel. Die Zufuhren in Brotgetreide für Mühlen sind noch nicht größer geworden. Man hofft aber, da der Ausdrusch befriedigend vorwärts geht, auf baldige Erhöhung der Ablieferungen. Im Rauhfuttergeschäft hat sich nichts geändert.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Hans Simon; für Oertliches, Landwirtschaftliches, Gerichtssaal und Sport: Heinrich Mieschner; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: Georg Fernandes; für den übrigen Teil: Dr. Hans Simon; für den Anzeigenteil: Otto Kreibohm, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191712151-19/fragment/page=0004